

P R O T O K O L L
der gemeinsamen öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
06.04.2017	19.15 Uhr	22.20 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER	
ORTSAMT:	Inga Köstner (Ortsamt Horn-Lehe), Vorsitzende Jens Knudtsen (Ortsamt Oberneuland), Vorsitzender Gernot Neumann-Mahlkau (Ortsamt Borgfeld), Vorsitzender Jessica Jagusch (Ortsamt Horn-Lehe), Protokollführerin Angela Cau (Ortsamt Oberneuland), Protokollführerin
BEIRÄTE:	siehe anliegende Listen
Gäste:	Herrn Senator Ulrich Mäurer, Herrn Polizeipräsident Lutz Müller, Herrn Claus Möller (Leitung Polizeiinspektion Horn), Herrn Horst-Günther Feldmann (Polizeirevier Horn), Herrn Nicolai Roth (Leiter des Senatorenbüros - Senator für Inneres), Frau Rose Gerds-Schiffler (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Senator für Inneres).

TAGESORDNUNG:
<ol style="list-style-type: none">1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Beirates Horn-Lehe vom 16.02.20173. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Beirates Oberneuland vom 24.01.20174. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Beirates Borgfeld vom 21.03.20175. Vorstellung der Pläne zur Polizeireform 26006. Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2016 im Bereich des Polizeireviers Horn7. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die anwesenden Ortsamtsleitungen, Beiratsmitglieder sowie den Senator für Inneres, den Polizeipräsidenten, die Leitung der Polizeiinspektion Ost und den Revierleiter Horn-Lehe sowie die Bewohnerinnen und Bewohner aus den Stadtteilen.

Herr Knudtsen schlägt folgendes Verfahren vor: Jeder Beirat bekommt den gleichen Zeitanteil an Redezeit. Danach erhält das interessierte Publikum die Möglichkeit sich zu Wort zu melden. Die Redezeitbegrenzung gilt dann gleichermaßen. Nach den Wortmeldungen wird die Sitzung zur Beratung und zur Beschlussfassung kurz unterbrochen.

Die Tagesordnung wird einstimmig ohne Änderungen- und/oder Ergänzungen genehmigt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.02.2017 des Beirates Horn-Lehe

Das Protokoll wird einstimmig ohne Änderungen genehmigt.

Zu TOP 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.01.2017 des Beirates Oberneuland

Das Protokoll wird einstimmig ohne Änderungen genehmigt.

Zu TOP 4: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2017 des Beirates Borgfeld

Das Protokoll wird einstimmig ohne Änderungen genehmigt.

Zu TOP 5: Vorstellung der Pläne zur Polizeireform 2600

Herr Senator Mäurer begrüßt die Anwesenden. Auf der heutigen Sitzung sollen neben der Neustrukturierung der Polizei auch die Auswirkungen auf die Stadtteile dargestellt werden. Politisch verabredet wurde bis zum Jahr 2019 eine Zielzahl von 2600 Polizisten. Zukünftig wird mehr Personal zur Verfügung stehen. Im Rahmen dieser Personalaufstockung sollen die personellen Vakanzen bei den Kontaktpolizisten ausgeglichen werden. In Borgfeld, Oberneuland, Horn-Lehe sind derzeit lediglich drei von sechs Kontaktpolizisten eingesetzt: Bis zum Jahr 2020 sollen verabredungsgemäß diese Stellenvakanzen ausgeglichen werden.

Seit Jahren steigen die Einsatzzahlen kontinuierlich bezogen auf die Gesamtzahl der Einsätze, die durchschnittliche Einsatzdauer und vor allem die Anzahl der Kategorie-1-Einsätze. Dies hat dazu geführt, dass der Zielerreichungsgrad oftmals nicht mehr eingehalten werden kann. 20 Streifenwagen sind kontinuierlich im Stadtgebiet unterwegs. 15 zusätzliche Fahrzeuge beteiligen sich aktuell zu einsatzstarken Zeiten. Dennoch werden die Zielerreichungsgrade oftmals nicht erreicht. Eine Optimierung bedarf eines höheren Personaleinsatzes. Vorstellbar ist, dass jeder Einsatzwagen mit drei Polizisten besetzt ist. An fünf Tagen soll ein Streifenwagen am Polizeirevier Horn-Lehe positioniert werden. Hierdurch wird sich ein höheres Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung erhofft.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Polizeiarbeit ist die Aufnahme von Anzeigen. 1.200 Anzeigen sind es derzeit jährlich im Polizeirevier Horn-Lehe. Nunmehr kann z. B. bei einem Fahrraddiebstahl die Anzeige Online aufgegeben werden.

Der Polizeipräsident, Herr Müller, betont, dass es in der Vergangenheit schon interne Veränderungsprozesse gegeben hat wie z.B. bei der Kriminalpolizei. Für den großen Umstrukturierungsprozess bedürfe es gut ausgebildeten Personals sowie einer modernen Behördenstruktur, da viele Bereiche der organisierten Kriminalität sich auch verändert hätten und man darauf entsprechend reagieren müsse. Der Bürgerkontakt solle aber weiterhin einen hohen Stellenwert haben.

Die weitere Verfahrensweise sieht vor, das Konzept öffentlich sowie auf der Internetseite des Senators für Inneres und der Polizei vorzustellen.

Herr Keil (SPD Borgfeld) kritisiert die Bekanntgabe des Antrages der CDU an die Presse.

Frau Kreyenhop (CDU Oberneuland) möchte wissen, aus welchem Jahr die vorgelegten Zahlen stammen und ab wann mit dem zusätzlichen Personal zu rechnen sei. Sie betont, dass das Sicherheitsempfinden durch eine Revierschließung nicht mehr gegeben sei. Der Senator erwidert, dass die Bürgerschaft im Jahr 2016 die Polizeireform beschlossen hat. Bezüglich des Sicherheitsempfindens betont der Senator, dass durch die 100 Kontaktpolizisten in den Stadtteilen die Nähe der Polizei zu den Bürgerinnen und Bürgern weiter sichergestellt werden soll. Wann genau das zusätzliche Personal eingesetzt werden kann, stehe noch nicht fest. Die Verkehrssachbearbeiter, Kontaktpolizisten werden weiterhin vor Ort eingesetzt. Auch wird die Prävention weiter ein wesentlicher Bestandteil in der Polizeiarbeit bleiben.

Herr Mazur (Bündnis 90/Die Grünen Horn-Lehe) fragt nach der Übergangsphase mit den konkreten Personalzahlen. Findet das neue Konzept auch Zustimmung in der eigenen Belegschaft? Gibt es Überlegungen, die Büroarbeit an Verwaltungskräfte abzugeben?

Herr Gülke (CDU Horn-Lehe) betont, dass es wichtig ist, dass sich die Polizei neu aufstellen muss. Kritisiert wird, dass das Revier Horn-Lehe verkleinert werden soll. Auch werden die Standorte der Kommissariate kritisiert. Für die Stadtteile im Bremer Nordosten ist das Polizeirevier in der Neuen Vahr aus seiner Sicht für die Bürgerinnen und Bürger zu weit entfernt.

Herr Drechsel (FDP Horn-Lehe) möchte klarstellen, dass die FDP die Polizeireform befürworte. Ausreichend finanzielle Mittel sollen hierfür zur Verfügung gestellt werden. Er erwartet, dass das örtliche Polizeirevier weiterhin von 9 Uhr bis 17 Uhr geöffnet bleibt.

Zusammenfassend erklärt der Senator, dass es derzeit 2.500 Beamte gibt, davon 80 Kontaktpolizisten. Er betont, dass durch einen flexiblen Einsatz der 35 Fahrzeuge die Erreichung des Zielerreichungsgrades besser ermöglicht werden kann. Eine Übergangszeit ist vorgesehen. Der Umstrukturierungsprozess wird sich über Jahre hinweg hinziehen. Die Übergangszeit ist der Länge der Polizeiausbildung geschuldet. In diesem Jahr sind weniger als 2.500 Polizisten im Einsatz, da der neue Ausbildungsgang erst im Oktober beginnt.

Die Neustrukturierung der Polizei ist im Innenverhältnis durchaus arbeitsintensiv und auch mit Konfliktpotential verbunden. Die Anzahl der Verwaltungsangestellten wurde verdoppelt auf 270 Kräfte. Diese Kräfte können auch für Tätigkeiten wie z. B. im Bereich Sicherheitsdienst eingesetzt werden.

Herr Bramsiepe (CDU Borgfeld) betont, dass eine schnelle Erreichbarkeit des Tatorts das Sicherheitsempfinden der Bürger stärken würde. Er fragt nach dem Zielerreichungsgrad für Borgfeld.

Frau Bäuerlein (SPD Horn-Lehe) empfindet die Neugestaltung der Anzeigenaufnahme problematisch. Sie fordert, dass das Stundenkontingent für die Aufnahme von Anzeigen erweitert werden sollte und fragt nach, wieviel zusätzliches Personal hierfür benötigt wird. Kritisch wird gefragt, warum nur 160 zusätzliche Polizisten ausgebildet werden.

Herr Burckhardt (FDP Borgfeld) möchte die Personaldifferenz zwischen Polizei und Justiz wissen?

Die vorstehenden Fragen werden wie folgt beantwortet:

160 ist die größte Anzahl von Polizisten die jemals in Bremen ausgebildet worden sind. Es könnte auch eine höhere Anzahl ausgebildet werden, aber die entsprechenden Ausbilder fehlen hierfür. Die Standzeiten der Fahrzeuge sollen reduziert werden. Entscheidend ist die Steuerung der Fahrzeuge. Der Zielerreichungsgrad ist in Borgfeld im unteren Drittel, trotz der Positionierung eines Fahrzeuges in Horn-Lehe. Trotz Zentralisierung werden mindestens 80 Beamte in den Revieren benötigt, um den derzeitigen Ist-Zustand halten zu können. Ein Großteil der Mitarbeiter ist im operativen Geschäft eingesetzt. Mindestens 200 Mitarbeiter für Querschnittsaufgaben wie IT, Beschaffung, Personal etc.

Herr Quaß (CDU Horn-Lehe) betont, dass seit 2008 aus seiner Sicht die gemachten Versprechungen nicht eingehalten worden sind. Bislang wurde die Anzahl von 2.600 Polizisten nicht erreicht. Auch wurde der versprochene Zielerreichungsgrad nicht eingehalten.

Herr Auffarth (SPD Oberneuland) bestärkt, dass weiterhin die Bürgernähe, Erweiterung der Öffnungszeiten der Reviere für Berufstätige im Fokus stehen sollte. Er möchte gerne wissen, wieviel Einsparpotential durch die Reform erreicht wird?

Herr Lotz (CDU Oberneuland) möchte den Informationssachstand auf Oberneuland bezogen wissen. Nach dem derzeitigen Sachstand soll 2018 ein Kontaktpolizist und im Frühjahr 2019 ein weiterer eingesetzt werden. Er wünscht sich eine befristete personelle Unterstützung für das Polizeirevier.

Vorstehende Fragen werden wie folgt beantwortet:

Vor 10 Jahren wurde beschlossen, dass 1,6 Prozent des Personals eingespart werden sollen. Die Folgen dieser Entscheidung sind nunmehr zu spüren. 2016 wurde dieser Beschluss politisch korrigiert. Trotz der Aufwertung des Reviers in Horn-Lehe wird bislang der Zielerreichungsgrad nicht erfüllt. Im Oktober 2018 werden ein Großteil der derzeitigen Auszubildenden ihre Ausbildung beendet haben. Im Jahr 2019 ist auf jeden Fall vorgesehen die zweite Stelle im Polizeirevier Oberneuland zu besetzen. Das Angebot in Oberneuland soll weiterhin ausgebaut werden.

Herr Linke (Bündnis90/Die Grünen Borgfeld) hinterfragt kritisch, ob das Konzept auch so umgesetzt werden kann.

Frau Hanke (SPD Horn-Lehe) möchte wissen, wann mit einer ersten Zwischenbilanz gerechnet werden kann und ob die angestrebte Ausbildungszahl gehalten wird?

Herr Möller betont, dass die Kontaktpolizisten überwiegend im Stadtteil präsent sein sollen. Nur ein kleiner Anteil wird weiterhin die Anzeigen aufnehmen. Es wird zugesichert, dass die Zwischenbilanz der Reform im Beirat vorgestellt wird. Trotz Konkurrenz aus anderen Bundesländern gehen bei der Polizei 2.000 Bewerbungen ein. Davon bestehen aber viele den Eignungstest nicht.

Im Anschluss an die Befragung durch die Beiräte werden die Fragen aus dem Publikum entgegengenommen:

Nachgefragt wird, wieviel Polizisten demnächst in Pension gehen im Vergleich zu Neueinstellungen. Auch wird die Anzahl der Überstunden angesprochen. Kritisiert wird, dass augenscheinlich erst sehr spät auf den Personalabbau reagiert wurde. Die Bürger betonen, dass die Präsenz der Kontaktpolizisten für das Sicherheitsempfinden sehr wichtig sei. Seitens eines Bürgers wird kritisiert, dass andere Bundesländer bei der Bekämpfung der Cyber-Kriminalität personell besser aufgestellt sind. Es wird sich gewünscht, dass die Möglichkeiten der Aufgabe von Online-Anzeigen ausgeweitet werden sollte.

Die derzeitigen Überstunden können nach Mitteilung von Herrn Möller nur schwer abgebaut werden, da es in regelmäßigen Abständen zu größeren Einsätzen kommt. Wohnungsdiebstahl und Raub sind im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehr hoch. Zur optimalen Bekämpfung von Cyber-Kriminalität muss die IT ausgebaut werden. Eine digitale Verbesserung ist vorgesehen.

Zwecks Beratung zwischen den Fraktionen aller drei Beiräte wird die Sitzung um 21.29 Uhr unterbrochen. Die Sitzung wird um 21.42 Uhr fortgesetzt.

Die Sitzungsleitung stellt klar, dass im weiteren Verlauf der Sitzung die zur Abstimmung gestellten Anträge jeweils beiratsbezogen abzustimmen sind.

Herr Gülke kritisiert, dass eine Abstimmung über den neuen Antrag unverhältnismäßig sei, da dieser erst sechs Stunden vor Sitzungsbeginn versandt worden ist. Er plädiert dafür, die Entscheidung zu vertagen und stellt hierzu einen Geschäftsordnungsantrag.

Bevor die Diskussion weitergeführt wird, wird über den gestellten Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion Horn-Lehe abgestimmt:

Die CDU-Fraktion im Beirat Horn-Lehe beantragt, dass der Beirat Horn-Lehe die Entscheidung zum Antrag zur Polizeireform 2600 der drei Beiräte auf die nächste Beiratssitzung am 18. Mai 2017 vertagt. (abgelehnt bei 9 NEIN-Stimmen, 4 JA-Stimmen)
--

Nach der Abstimmung folgt eine inhaltliche Diskussion.

Der Beiratssprecher aus Horn-Lehe kritisiert, dass die neue Beschlussvorlage nicht dem Vorschlag der CDU-Fraktionen entspricht. Dieser wird zum Teil aufgeweicht. Die bisherigen Forderungen wie z. B. keine Einschränkungen der Öffnungszeiten, Beibehaltung der Streifenfahrzeuge, finden sich in dem neuen Vorschlag nicht wieder. Auch würde die Formulierung im „Bedarfsfall“ stören. Die Beschlussvorlage sei eine schlechte Verhandlungsbasis. Er schlägt vor, die Polizeireform 2600 abzulehnen und auf die vorhandenen Beschlüsse zu verweisen.

Die Beiratssprecherin aus Oberneuland wünscht sich einen fraktionsübergreifenden gemeinsamen Beschluss. Die Hauptbestandteile Sicherstellung der Kontaktpolizisten, der Anzeigenannahme sowie des Polizeistandorts sind in dem Beschlussvorschlag vorhanden. Letztendlich ist die Polizei aufgerufen, den Forderungen nachzukommen.

Herr Koppel (Bündnis 90/Die Grünen Horn-Lehe) betont, dass aus seiner Sicht der Beiratssprecher aus Horn-Lehe seine Kompetenzen dahingehend überschritten hat, mit dem Beschlussvorschlag der CDU an die Presse zu gehen. Aus seiner Sicht gibt es bislang noch keinen Konsens bei der Frage der Revieröffnungszeiten.

Frau Dr. Eckhardt (CDU Horn-Lehe) ist entrüstet über den schlechten Stil des Verfahrens. Sie fordert, dass über den alten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt wird.

Der Ortsamtsleiter Oberneuland stellt die Verfahrensabläufe dar. Zielsetzung der Ortamtsleitungen war eine Beschlussempfehlung zu erarbeiten, die von allen in den drei Beiratsbereichen vertretenen Parteien mitgetragen werden kann. Dieses entspricht im Übrigen auch den Zielsetzungen des Beirätegesetzes.

Herr Mazur (Bündnis 90/Die Grünen Horn-Lehe) erhofft sich ein politisches Einvernehmen mit dem neuen Beschlussvorschlag und seine Fraktion würde diesem zustimmen. Die Öffnungszeiten müssen noch genauer festgelegt werden. Deshalb schlägt Herr Mazur folgenden Ergänzungsvorschlag zum Beschlussvorschlag vor:

„Es muss sichergestellt werden, dass an mindestens einem Werktag arbeitsnehmerfreundliche Öffnungszeiten vorgehalten werden.“

Frau Hanke (SPD Horn-Lehe) betont, dass sich die einzelnen Fraktionen beschwert hätten, dass die CDU im Alleingang an die Presse herangetreten sei.

Hr. Lotz (CDU Oberneuland) beanstandet ebenfalls dieses nicht abgestimmte Vorgehen.

Frau Bäuerlein (SPD Horn-Lehe) betont, dass der Vorschlag einer Kenntnisnahme der Reformabsichten ein konstruktives politisches Handeln bedeute..

1. Abstimmung Beirat Oberneuland

a) Alter Beschlussvorschlag der CDU-Fraktionen

Die Beiratssprecherin, Frau Kreyenhop zieht den im Vorfeld formulierten Antrag der CDU-Fraktionen zurück.

b) Neuer gemeinsamer Beschlussvorschlag mit Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen (Horn-Lehe)

Das Polizeirevier an der Lilienthaler Heerstraße ist einer der jüngsten und modernsten Standorte der Polizei Bremen und leistet mit seiner Zuständigkeit für insgesamt sechs Grundschulen, vier Oberschulen, drei Jugendhäusern, einer Vielzahl von Seniorenresidenzen sowie diversen Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge in präventiver wie repressiver Hinsicht einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit in den Stadtteilen Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld.

Das erst in 2013 neu eröffnete Revier ist innerhalb seines flächen- wie einwohnermäßig überproportional großen Einzugsbereiches verkehrlich optimal angebunden. Der polizeiliche Alltag dieses Reviers ist von der Aufnahme von Strafanzeigen über die Entgegennahme von Fundsachen, Beratungs- und Präventionsarbeit zur Vermeidung von Kriminalität, Fahrradregistrierungen, Hilfe bei familiären Problemsituationen, engen Kontakten zu den Schulen, der Ahndung von nachbarschaftlichen Konflikten wie Ruhestörung bis hin zur unbürokratischen Klärung örtlicher Verkehrsfragen gekennzeichnet. Darüber hinaus beteiligt sich ein eigener Streifenwagen mit ortskundigen Beamten an den 110-Notrufeinsätzen im Revierbereich. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die schnelle und kompetente Reaktion durch die Polizei maßgebend. Nur wenn Beamte schnell vor Ort sind, kann die Sicherheit der Menschen gewährleistet werden.

Mit der Umsetzung des Reformvorhabens 2600 in der Fläche ist zu befürchten, dass wertvolle Ortskunde und Erfahrung in den einzelnen Ortsamtsbereichen durch die Konzentration der Polizeiarbeit in wenigen Polizeikommissariaten verloren gehen könnten. Die Menschen im Bremer Nordosten brauchen aufgrund seit Jahren kontinuierlich ansteigender Anforderungen jedoch nicht weniger, sondern ein Mehr an lokaler Polizeistruktur vor Ort. Vor diesem Hintergrund wurden bereits im Jahr 2016 mehrere Beiratsbeschlüsse gefasst, die einen Erhalt des Reviers als Teilintegrationsrevier bei gleichzeitiger Aufstockung des Personals forderten, eine Nachbesetzung bei den KOP-Stellen verlangten und einen eigenen Streifenwagen mit ortskundigen Beamtinnen und Beamten am Revier erwarteten. Auch das Serviceangebot mit der Möglichkeit der Anzeigenaufnahme sollte aufrechterhalten werden.

„Mit mir wird es keine Revierschließungen geben, weder vor der Wahl noch nach der Wahl“ – so hat sich der amtierende Senator für Inneres, Herr Mäurer, vor fast genau 7 Jahren geäußert. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld vertraut. Zwar soll nach den vorgelegten Reformplänen das Revier Horn als Revier erhalten bleiben, jedoch mit deutlich reduzierter personeller Ausstattung. Da bereits seit über einem Jahr der Polizeiaußenposten in Oberneuland verwaist ist, befürchten die drei Beiräte, dass das Reformvorhaben perspektivisch darauf ausgerichtet ist, die Anzahl der Revierstandorte in der Stadtgemeinde Bremen sukzessive weiter zu reduzieren. Wertvolle Ortskunde und Erfahrung in den einzelnen Ortsamtsbereichen gingen damit verloren.

Die Regierungskoalition hat als Ziel für die Wahlperiode 2015 bis 2019 zum Thema „Bürgernahe Polizeiarbeit“ beschlossen, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven sicher sein und sich sicher fühlen sollen. Sie hat weiter beschlossen, dass die zukünftige Polizeiarbeit auf 3 Säulen ruht - eine zentrale Polizeidirektion, in der Aufgaben wie Personal, Finanzen, Ausbildung oder auch der IT-Bereich gebündelt sind, eine Direktion Einsatz für den gesamten Bereich Gefahrenabwehr, welche den Einsatzdienst, die Sonderlagen und die Regionale Polizeiarbeit umfasst und schließlich die Direktion Kriminalpolizei für die Bereiche Ermittlung und Strafverfolgung.

Die Beiräte Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld erkennen an, dass sich die Sicherheitslage und die Anforderungen an die Polizei verändert haben und daher die Notwendigkeit besteht, dass die Polizeistrukturen stets zeitgemäß weiterentwickelt werden müssen. Dabei kann auch eine personelle Zielzahl nicht unantastbar sein, sondern muss sich an den Bedarfen orientieren. Die drei Beiräte begrüßen, dass das Personal wenigstens auf 2.600 Stellen aufgestockt wird, auch wenn das kaum ausreichen wird, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ausreichend zu befriedigen.

Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen sind wesentliche Faktoren der Lebens- und Standortqualität. Die Menschen in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld erwarten eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei. Die Polizei muss in Notfällen schnell am Einsatzort und für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner verlässlich vor Ort sein.

Die Beiräte Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland haben in der gemeinsamen Sitzung am 06.04.2017 die Ausführungen des Senators für Inneres und der Polizei Bremen zur Strukturreform 2600 **zur Kenntnis** genommen. Sofern an dieser Neuausrichtung der Polizei Bremen festgehalten

ten werden soll, erwarten die von dieser Reform betroffenen Beiräte, dass über die nachfolgend aufgeführten Punkte ein politisches Einvernehmen mit dem Senator für Inneres erzielt wird:

1. Alle KOP-Stellen werden erhalten und zeitnah nachbesetzt,
2. Alle derzeitigen Standorte bleiben aufrechterhalten,
3. Die Verkehrssachbearbeitung ist auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers,
4. Die Präsenz der Polizei vor Ort in den Stadtteilen und die Ansprechbarkeit zu festen Zeiten ist für die Bürger von besonderer Bedeutung.
5. Es wird sichergestellt, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass an mindestens einem Werktag arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten im Polizeirevier Horn-Lehe vorgehalten werden. Das Angebot der Online-Wache soll ausgebaut werden.
6. Mit der für die Polizei wichtigen Bürgernähe hat die geplante Zentralisierung von Aufgaben nichts gemein. Es ist erforderlich, dass die Polizei in allen Dienststellen während der Öffnungszeiten zumindest bei telefonischer Voranmeldung Anzeigen aufnimmt, auch wenn diese danach zentral bearbeitet werden.
7. Die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess ist mindestens genauso gut wie zurzeit und die Fahrzeugbesatzungen verfügen über die notwendige Ortskenntnis.
8. Die drei Beiräte gehen davon aus, dass sich mindestens ein Streifenwagen mit ortskundigen Beamtinnen und Beamten außerhalb von 110-Einsätzen in den drei Stadtteilen bewegt. Im Falle eines Notrufs muss die Polizei innerhalb kürzester Zeit vor Ort sein.
9. Den Beiräten, den Vereinen und Einrichtungen der Stadtteile steht in Person der Revierleitung eine kompetente Ansprechperson für die Innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung,

Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden,

1. Dem Revier steht ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung, der im Bedarfsfall auch im 110 Prozess unterstützen kann,
 2. Die zentralen Einheiten der Polizei Bremen entfalten ebenfalls in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld,
 3. Die unverzügliche Einführung eines flexiblen Terminvergabesystems über das ganze Stadtgebiet erfolgt, das auch die Lebenslagen Berufstätiger berücksichtigt,
 4. Mit der geplanten Organisation muss zwingend eine spürbare Personalaufstockung bei der Polizei Bremen einhergehen, die sich an einer nachvollziehbaren Zielzahl orientiert.
- Der Senator für Inneres wird deshalb gebeten, in Abstimmung mit der Finanzsenatorin den tatsächlichen Personalbedarf für die Polizei Bremen zu ermitteln.

Dazu könnten auch Vergleiche mit Polizeien anderer vergleichbarer Großstädte Aufschluss geben. *Ein diesbezügliches politisches Vorgehen des Senators für Inneres würde auch in anderen Beiratsbereichen auf breite Zustimmung stoßen.*

Die drei Beiräte stehen an der Seite der Polizei. Sie werden sie nach Kräften in ihrem Bestreben unterstützen, die Sicherheitslage zu verbessern. Die geplante Organisation mag einen Beitrag dazu leisten. Politisch wünschen sich die drei Beiräte aber, dass dieses nicht zu Lasten des Sicherheitsgefühls der in den drei Beiratsbereichen lebenden Bevölkerung geschieht. **(einstimmig)**

2. Abstimmung Beirat Borgfeld

a) Alter Beschlussvorschlag der CDU-Fraktionen

Der Beiratssprecher, Herr Bramsiepe, zieht den im Vorfeld formulierten Antrag der CDU-Faktionen zurück.

- b) Neuer gemeinsamer Beschlussvorschlag mit Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen (Horn-Lehe)

Der Beirat Borgfeld stimmt dem vorstehend gemeinsam formulierten Beschluss zu. (**einstimmig** bei einer Enthaltung)

3. Abstimmung Beirat Horn-Lehe

- a) Alter Beschlussvorschlag der CDU-Faktionen

Die CDU-Fraktion zieht den alten gemeinsamen Beschlussvorschlag der CDU-Faktionen zurück.

- b) Neuer gemeinsamer Beschlussvorschlag mit Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen (Horn-Lehe)

Der Beirat Horn-Lehe stimmt dem vorstehend gemeinsam formulierten Beschluss zu.
(**mehrheitlich angenommen** bei 9 JA-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

- c) Neuer Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion Horn-Lehe

Der Beirat Horn-Lehe lehnt das Konzept der Polizeireform 2600 bezogen auf den Revierstandort an der Lilienthaler Heerstraße ab und verweist auf die bereits von den Beiräten Borgfeld, Horn-Lehe und Oberneuland gefassten Beschlüsse. Zu den für die Stadtteile Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld relevanten Reformdetails werden die drei Beiräte zu gegebener Zeit noch gesondert Stellung beziehen.

(**abgelehnt** bei 4 JA-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Zu TOP 6: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2016 im Bereich des Polizeireviers Horn

Herr Möller stellt anhand einer Präsentation die Kriminalitätsstatistik für die Bereiche Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland vor. In Horn-Lehe ist ein leichter Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen. Der Revierbereich Horn hat dennoch die geringste Häufigkeitsziffer an Straftaten. Die Wohnungseinbrüche sind dagegen angestiegen, proportional aber auch die Aufklärungsquote. 10 Prozent der Einbrüche in Horn-Lehe sind aufgeklärt worden. Diebstähle aus und von Kraftfahrzeugen sind in Horn-Lehe ebenfalls angestiegen. Wünschenswert wäre der Einsatz von konzentrierten Kräften.

Die Beiratsmitglieder nehmen die Ausführungen von Herrn Möller zur Kenntnis.

Zu TOP 7: Verschiedenes

Keine Wortmeldung

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Jens Knudtsen
- Vorsitzender -

Gernot Neumann-Mahlkau
- Vorsitzender -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin

Catharina Hanke
- stellv. Beiratssprecherin -
(Horn-Lehe)

Tamina Kreyenhop
- Beiratssprecherin -
(Oberneuland)

Karl-Heinz Bramsiepe
- Beiratssprecher -
(Borgfeld)